

Presseinformation 38/2025

Klimaschutzbremse können wir uns nicht leisten

Geht es nach Bundeskanzler Friedrich Merz und seiner Wirtschaftsministerin Katherina Reiche, dann können wir uns angeblich Klimaschutz nicht mehr leisten. Der fortschreitende Klimawandel spricht aber eine andere Sprache. Danach können wir uns die von Merz ausgerufene Klimaschutzbremse der Bundesregierung nicht mehr leisten.

Ein Blick in die Daten des UN-Umweltprogramms - <https://wesr.unep.org/climate/> - zeigt: Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre steigt ungewöhnlich schnell, die globale Temperaturerhöhung liegt bereits bei 1,56 Grad, das arktische Meereis sowie die Gletschermassen schmelzen weg und der Meeresspiegel steigt. Europa hat in diesem Jahr bereits eine Million Hektar an Wald durch Brände verloren. Die Weltmeere haben sich schneller aufgeheizt als erwartet, Meeresströmungen wie der Golfstrom, der bestimmend für die Wetterlagen in Europa ist, verlangsamen sich und drohen zu kollabieren.

Geht es nach der Bundesregierung, dann können wir uns offenbar leisten, dass gewerbliche Privatfliegerei von der Energiesteuer (Kerosinsteuer) und der Mehrwertsteuer befreit bleiben sowie von der Luftverkehrsabgabe komplett ausgenommen werden. Dagegen wird das Deutschlandticket der Bahn teurer. Kleine Solaranlagenbesitzer sollen künftig für Strom, den sie nicht selber verbrauchen, keine feste Einspeisevergütung mehr erhalten und zusätzlich Netzentgelte entrichten. Dagegen können wir uns angeblich leisten, übermäßig viele Gaskraftwerke zu bauen und erhebliche Subventionen zu zahlen, damit sich diese Anlagen auch für die wenigen Stunden im Jahr lohnen.

Die Bundeswirtschaftsministerin leistet sich ein externes Gutachten für einen Monitoringbericht der Energiewende, um dann deren Ergebnisse nicht zu berücksichtigen und stattdessen ihre rückwärtsgewandte Sicht für mehr klimaschädliche fossile Verbrennungsanlagen zu äußern. Damit das nicht auffällt, rechnet sie künftige Strombedarfe gegen jeden wissenschaftlichen Standard herunter, um so Argumente gegen klimafreundliche Umstellungen von Heiz- und Antriebssystem bedienen zu können. Molekülverbrennungen aus Gas, Öl oder Kohle heizen das Klima an. Vom Feuer zum Strom sind dagegen technologieoffene Lösungen.

Deutsche Politik kann sich leisten, dass sich die EU-Umweltminister nicht auf ein klares CO₂-Reduktionsziel für 2035 einigen können. Für den bevorstehenden UN-Klimagipfel in Brasilien wäre das ein starkes Signal gewesen. Die Festlegung des Ziels für 2040 wurde ebenfalls kurzerhand vertagt, obwohl klar ist, dass sich solche Verschiebungen teuer werden.

Können wir uns weiterhin die Verharmlosung des Klimawandels und die Ausweitung der klimaschädlichen Subventionen leisten, fragt sich der Verband für Wirtschaft und Umwelt, und fordert konsequent in den anstehenden Haushaltsberatungen 2026 alle Ausgaben zu streichen, die den Klimawandel beschleunigen und unsere Lebensgrundlagen vernichten.